

# **DEUTSCHER BUNDESTAG**

**Parlamentarischer Beirat  
für nachhaltige Entwicklung  
- Sekretariat -**

11011 Berlin, 22. April 2005  
Platz der Republik 1

Dienstgebäude:

Dorotheenstr. 88, Zi. 102

Fernruf: (030) 227 - 31440

Fax Nr.: (030) 227 – 36447

e-mail: vorzimmer.wf8a3@bundestag.de

## **Reisebericht**

**Besuch des  
Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung des Bundestages  
In Stockholm und Helsinki  
Vom 21. März bis 24. März 2005**

### **1) Delegationsteilnehmer**

Delegationsleiterin: Frau Astrid Klug, MdB  
Dr. Ralf Brauksiepe, MdB  
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB  
Helge Braun, MdB  
Winfried Hermann, MdB  
Michael Kauch, MdB  
Heike Erlbeck, Verwaltungsangestellte

### **2) Übersicht der Gesprächstermine**

**2a) Reisetil Stockholm vom 21. März – 22. März 2005**

**Montag, 21. März 2005**

**14: 00 Uhr – 16:00 Uhr**

Peter Andersson, politischer Berater der Ministerin für nachhaltige Entwicklung, Frau Mona Sahlin

Helen Ågren, Vizedirektorin der Abteilung für Koordination der nachhaltigen Entwicklung

**16:30 Uhr – 17:30 Uhr**

Anders Wijkman, Mitglied des EU-Parlaments; Gründer des Forums für nachhaltige Entwicklung

**Dienstag, 22. März 2005**

**08:30 Uhr – 10:00 Uhr**

Ingrid Hasselsten, Referentin im Wirtschaftsministerium

Thomas Ekberg, Vertreter der Region West Västtra Götaland

**10:30 Uhr – 12:15 Uhr**

Jonas Norlin, Vizedirektor im Finanzministerium

Olle Sundberg, Referent im Finanzministerium

**12:15 Uhr – 13:00 Uhr**

Joakim Palme, Institut für Zukunftsstudien

**14:00 Uhr – 15:45 Uhr**

Gespräch mit Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt- und Landwirtschaft im schwedischen Reichstag

Abg. Frau Carina Ohlsson

Abg. Herr Rolf Lindén

Abg. Jan-Olof Larsson

Abg. Bengt-Anders Johansson

Abg. Jan Andersson

Abg. Anita Brodén

**16:00 Uhr – 17:15 Uhr**

Perjo Körsen, Sekretariat für Umweltqualitätszielvorgaben

Gunnel Horm, Programm für örtliche Investitionen

## **2b) Programmteil Helsinki vom 23. März bis 24. März 2005**

### **Mittwoch, 23. März 2005**

**10:00 Uhr – 11:00 Uhr**

Abg. Herr Pentti Tiusanen, Vorsitzender des Umweltausschusses des finnischen Parlaments

**11:30 Uhr – 13:00 Uhr**

Briefing durch den deutschen Botschafter in Helsinki

**13:30 Uhr – 14:15 Uhr**

Jan Erik Enestam, Umweltminister

Sauli Rouhinen, Generalsekretär des finnischen Komitees für nachhaltige Entwicklung

**14:45 Uhr – 15:45 Uhr**

Frau Kirsi Lindroos, Vorsitzende des sub-Komitees für Bildung und nachhaltige Entwicklung im Zentralamt für Unterrichtswesen

**16:15 Uhr – 17:15 Uhr**

Herr Kimmo Rahkamo, Präsident der Firma Fortum Oils sowie weitere Mitglieder der Firmenleitung

**17:45 Uhr – 18:45 Uhr**

Herr Kari Karanko, finnisches Außenministerium sowie weitere Vertreter des Außenministeriums

### **Donnerstag, 24. März 2005**

**09:30 – 10:30 Uhr**

Herr Reijo Vanne, Erwerbsrentenversicherungsanstalt

**11:00 Uhr – 11:30 Uhr**

Empfang bei der Staatspräsidentin, Frau Tarja Halonen

**12:00 Uhr – 13:00 Uhr**

Frau Anne Christine Brusendorff, Executivsekretärin der Helsinki Kommission (HELCOM)

### **3) Zusammenfassung**

In Stockholm (21. - 22. März 2005) traf die Delegation mit Vertretern des im Januar 2005 eingerichteten Ministeriums für Nachhaltigkeit zusammen sowie mit Vertretern des Reichstages und des Europaparlaments, des Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums und des Instituts für Zukunftsstudien.

In Helsinki (23. - 24. März 2005) führte die Delegation Gespräche mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses, dem Umweltminister sowie Vertretern des Zentralamtes für Unterrichtswesen, des Außenministeriums, der Erwerbsrentenversicherungsanstalt und der Helsinki-Kommission, deren Aufgabe die Durchführung des „Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes“ (sog. Helsinki-Übereinkommen) ist.

Die Gesprächspartner gehörten denjenigen Institutionen an, die einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung und Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie haben. Sowohl in Schweden wie auch in Finnland werden die nationalen Nachhaltigkeitsstrategien nicht allein von den Regierungen erarbeitet, sondern auch die nationalen Parlamente, die Regionen, die Kommunen, gesellschaftliche Gruppen und Nichtregierungsorganisationen sind an der Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien beteiligt. In beiden Ländern wird allgemein anerkannt, dass Nachhaltige Politik sowohl eine ökologische, als auch eine ökonomische und eine soziale Dimension hat. Die Implementierung einer Nachhaltigen Entwicklung in dem Rentensystem und dem Gesundheitssystem, aber auch in dem Bereich Bildung, Ausbildung und Fortbildung wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und akzeptiert. Der Parlamentarische Beirat nahm als wichtigste Anregung für die eigene Arbeit mit, dass das Konsensprinzip in beiden Ländern ein wesentliches Merkmal in der Zusammenarbeit verschiedener Gremien und Ebenen bei der Gestaltung von (Nachhaltigkeits-) Politik ist.

Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung ist sich mit den entsprechenden parlamentarischen Gremien in Schweden und Finnland, dem schwedischen Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft sowie dem finnischen Umweltausschuss darin einig, dass die internationale Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung verstärkt werden muss.

#### **4) Die Gespräche im Einzelnen**

##### **4a) Reiseteil Stockholm**

**Montag, 21. März 2005**

**14:00 Uhr – 16:00 Uhr**

**Gespräch mit Peter Andersson und Helen Ågren, Ministerium für nachhaltige Entwicklung**

Schwerpunkte des Gesprächs bildete die Einrichtung des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und die Grundzüge der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Schweden.

Das Ministerium für nachhaltige Entwicklung ist eine junge Einrichtung; es wurde erst am 01. Januar 2005 eingerichtet. Vorangegangen war der Gründung des Ministeriums die Regierungserklärung von 1996, in der ein „GRÜNES VOLKSHEIM“ für Schweden propagiert wurde und im Jahre 2003 die Einrichtung der „Coordination Unit for Sustainable Development“.

Mit dem Begriff „GRÜNES VOLKSHEIM“ wurde eine Verbindung hergestellt zwischen dem klassischen sozialdemographischen Begriff „VOLKSHEIM“, der als gesamt gesellschaftliche Ziele Wohlfahrt und Sicherheit (auch in finanzieller Hinsicht) beinhaltet und eine Verbindung schafft zu dem heutigen Umweltbegriff.

Im Jahre 2003 gründete der Premierminister die „Coordination Unit for Sustainable Development“, die für die Koordination und Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zuständig ist. Ihr gehören sieben Mitarbeiter aus verschiedenen Ministerien an (Industrie-, Umwelt-, Sozialministerium, Auswärtiges Amt, Finanzministerium). Die Repräsentanten aus den verschiedenen Ministerien geben die Konsensbeschlüsse der Coordination Unit an die Ministerien weiter, die ihrerseits einen gemeinsamen Beschluss erarbeiten. Dieser gemeinsame Beschluss wird abschließend der Regierungskanzlei übermittelt.

Von Beginn an hatte der Ministerpräsident auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit eine starke Rolle übernommen. Zunächst wurde ein Arbeitsstab in der eigenen Kanzlei eingerichtet, später das Umweltministerium und verschiedene andere Ministerien in diese Aufgabenstellung eingebunden, bis schließlich im Januar 2005 das Ministerium für Nachhaltigkeit eingerichtet wurde, mit dem Auftrag an die Ministerin, Frau Sahlin, die Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe zu übernehmen.

Bereits im Jahre 2000 hat Schweden seine erste Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die im Jahre 2003 nach dem Johannesburg-Gipfel eine Revision erfuhr. Es herrscht in Schweden Übereinstimmung darin, dass es eine nachhaltige Entwicklung nur dann geben kann, wenn es auch eine regionale und globale Zusammenarbeit gibt und nachhaltige Entwicklung in alle politischen Sachgebiete hineinreicht.

Die schwedische Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt bestimmte Zielvorstellungen, die sie in vier so genannten Zukunftsfragen formuliert hat.

- 1) Umweltbasiertes Wachstum, das heißt die Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und Zerstörung der Umwelt aufzubrechen, neues Wirtschaften und neue Techniken zu entwickeln.
- 2) Gesundheit als wichtigste Ressource der Zukunft; Nachhaltigkeit wird es nur geben können, wenn es auch sozial schwachen Schichten gut geht.
- 3) Nachhaltigkeit für ganz Schweden, nicht nur für bestimmte Regionen (Problem Arbeitsplätze und Berücksichtigung der Umwelt, z. B. bei dem Umbau der Vororte, in denen nur 30 % der Bevölkerung einer Beschäftigung nachgehen).
- 4) Kinder- und Jugendpolitik in einer älter werdenden Gesellschaft (Ausbildung und Kompetenz; keine soziale Ausgrenzung).

Diese Zukunftsfragen will die schwedische Regierung in acht so genannten Kerngebieten verfolgen.

- 1) Umwelt der Zukunft
- 2) Begrenzung der klimatischen Veränderungen
- 3) Gesundheit der Bevölkerung
- 4) Sozialer Zusammenhalt, Wohlfahrt und Sicherheit
- 5) Beschäftigung und Lernen in einer Wissensgesellschaft
- 6) Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Konkurrenzkraft bzw. Wettbewerbsfähigkeit
- 7) Regionale Entwicklung unter regionalen Voraussetzungen
- 8) Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft

Es wurde betont, dass in der schwedischen Öffentlichkeit Konsens darüber besteht, dass soziale Wohlfahrt, die Gesundheit der Bevölkerung und die ausgeglichenen Staatsfinanzen nachhaltige Perspektiven enthalten müssen.

Die bisherigen Erfahrungen mit der neuen Institution des Nachhaltigkeitsministeriums sind positiv; die Nachhaltigkeitspolitik hat als Querschnittsaufgabe eine Stärkung erfahren.

Obwohl eingeräumt wurde, dass die Opposition bisher nicht an einem Dialog über nachhaltige Gesetzgebung interessiert war, zeigte man sich zuversichtlich, in naher Zukunft eine Reihe von neuen Gesetzesvorhaben verabschieden zu können. Ende Mai 2005 soll eines der großen Kernkraftwerke stillgelegt werden und zugleich sollen die erneuerbaren Energien, wie z. B. die Wasserkraft gestärkt werden. Eine weitere politische Umweltmaßnahme sei ein energiepolitischer Vorschlag zum Umbau von Wohnungen, den man als Vorbild für andere europäische Länder verstanden wissen will und bestrebt ist, diesen zugleich auch als EU-Richtlinie umzusetzen.

**16:30 Uhr**

**Gespräch mit Anders Wijkman, Mitglied des EU-Parlaments**

Bemängelt wurde, dass im Bereich der Nachhaltigkeit die Europäische Union nur eine begrenzte Macht hätte, diese liege mehr bei den Einzelstaaten. In einigen Staaten hätte man auch durchaus Fortschritte im Bereich der Nachhaltigkeit gemacht und es auch verstanden, nachhaltige Politik mit einem Wirtschaftswachstum zu verbinden; das Problem sei jedoch, dass mit diesem Wirtschaftswachstum keine neuen Arbeitsplätze verbunden seien.

Vielmehr gehe die weitere Entwicklung dahin, dass durch weitere Technologisierung z. B. im Bereich der Lebensmittelindustrie, weiter Arbeitsplätze reduziert würden.

Auf internationaler Ebene sei festzustellen, dass der Cardiff-Prozess von 1997 trotz zahlreicher follow-ups nicht vorangekommen sei, weil sowohl auf nationaler wie auch auf EU-Ebene die handelnden Personen nicht darauf trainiert seien, die Beschlüsse umzusetzen. Nun müsse es darum gehen, die Lissabonstrategie und die Nachhaltigkeitsstrategie zusammen zu diskutieren und innerhalb der nächsten 20 – 25 Jahre eine Änderung der Energiewirtschaft umzusetzen. Die EU müsse die Förderung von Umwelttechnologien stärker in ihre Wachstumsstrategien einbauen. Hierbei müsse auch die internationale Entwicklung über die EU hinaus berücksichtigt werden; so werde China z. B. in den nächsten Jahren 862 Kohlekraftwerke in Betrieb setzen.

In naher Zukunft müsse die EU Anreize für die Nationen schaffen, um letztlich den Lissabonprozess voranzutreiben; die EU müsse Nachhaltigkeit über die EU hinaus als Thema transportieren und sie müsse einen Nachhaltigkeitsausschuss bilden, denn bislang befassten sich mehrere Ausschüsse mit dem Thema Nachhaltigkeit, die zudem auch noch in Konkurrenz zueinander stünden.

Erwartungsvoll blickt man in Schweden auf die Übernahme der EU-Präsidentschaft in diesem Jahr durch Großbritannien, das angekündigt hat, den Klimawechsel zum Thema zu machen. Themen wie der Klimawandel seien für die Öffentlichkeit nachvollziehbar und würden auch als wichtig angesehen. Entscheidend für eine Durchsetzung einer entsprechenden Politik auf EU-Ebene sei ein intelligentes follow-up.

## **Dienstag, 22. März 2005**

**08:30 Uhr**

**Gespräch mit Ingrid Hasselsten und Thomas Ekberg, schwedisches Wirtschaftsministerium**

Auch das Wirtschaftsministerium (Ministerium für Industrie, Beschäftigung und Kommunikation) besteht aus mehreren Einzelministerien, die gleichberechtigt dieses Ministerium bilden. Hierzu gehört der Minister für Industrie und Handel, Herr Thomas Östros der das Gesamtministerium leitet, die Ministerin für Kommunikation und Regionalpolitik, Frau Ulrica Messing und der Minister für Beschäftigung, Herr Hans Karlsson.

Dem Arbeitsbereich Regionale Entwicklung und Tourismus mit der Ministerin Frau Ulrica Messing gehören 500 Mitarbeiter an.

Schweden hat 9 Millionen Einwohner, von denen 50 % in drei Städten konzentriert leben (Stockholm, Göteborg, Malmö).

Während es Gebiete mit gutem Wachstum gibt, gibt es zugleich Gebiete mit einer hohen Abwanderung.

Große soziale Probleme gibt es durch die hohe Zahl von Emigranten und deren hohe Arbeitslosigkeit sowie allgemein durch einen sehr hohen Krankenstand von 20 %, bei dem Depressionen als Krankheitsursache eine bedeutende Rolle spielen.

Ziel der schwedischen Politik ist es, nicht bestimmte Gebiete zu fördern, sondern eine landesweite nachhaltige Entwicklung, besonders in den Regionen zu fördern. Zur Stärkung der Regionen wurde das „Regional Development Programm“ (RDP) aufgelegt, das teilweise mit EU-Mitteln gefördert wird (regionale Strukturfonds) und für den Zeitraum von 2000 – 2006 gelten soll.

Die Halbzeitanalyse hat deutlich gemacht, dass Nachhaltigkeitsfragen im Prozess zu spät aufgenommen bzw. zu spät beachtet wurden. Hindernisse für eine bessere Umsetzung waren bislang eine mangelnde Kenntnis, „Revierdenken“ in der Bürokratie und ein Mangel an Zeitressourcen.

Die Bundesebene hat zwar die Steuerung dieses Programms übernommen, doch gibt sie nur generelle strategische Ratschläge. Alle beteiligten Ebenen haben sich für eine prozessorientierte Arbeitsweise entschieden, an denen neben den Regionen und Kommunen auch die Industrie und die Nichtregierungsorganisationen beteiligt sind. So arbeiten alle Firmen mit Nachhaltigkeitskriterien. Auf regionaler Ebene gibt es eine breite Partnerschaft; in gemeinsamen Konferenzen ist man bemüht, mit Kompromissbereitschaft einen tragfähigen Konsens in der Nachhaltigkeitspolitik zu erzielen. Als positives Beispiel für regionale Zusammenarbeit wurde die Produktion und Verbreitung von Biogas in Schweden genannt.

Die Umsetzung von Nachhaltigkeitsprogrammen wird als langfristiger Prozess angesehen. Derzeit gibt es in der Umsetzung starke regionale Unterschiede; so seien fünf Provinzen bereits sehr weit, während fünf Provinzen mit der Umsetzung des Regionalprogramms noch gar nicht begonnen hätten.

### **10:30 Uhr**

#### **Gespräch mit Jonas Norlin und Olle Sundberg, Finanzministerium**

Schweden hat eine Einwohnerzahl von derzeit 9 Millionen, die weiter ansteigt. Der Anstieg resultiert aus einem Anwachsen des Anteils der älteren Generation, wobei der Anteil dieser Generation noch nicht so groß ist wie bspw. in Deutschland. Prognosen gehen davon aus, dass die Zuwachsrate der Emigranten weiter gleich bleibend ansteigt.

Wegen des anwachsenden Anteils der älteren Generation an der Gesamtbevölkerung geht man davon aus, dass der Pro Kopf-Konsum ansteigen wird durch einen größeren Konsumbedarf dieser Altersgruppe, und dass zudem auch eine größere Anforderung an die Altenpflege-Branche entstehen wird.

Bereits zu Beginn der 90er Jahre hat das Parlament Arbeitsgruppen unter Beteiligung aller Parteien gebildet, um das Renten- und Pensionssystem zu reformieren. Traditionell gibt es in Schweden nur ein einziges Renten- und Pensionssystem. Das neue Rentensystem wurde 2003 eingeführt und soll zunächst bis zum Jahre 2017 Bestand haben.

Das Renten- und Pensionssystem ist unabhängig vom Bundeshaushalt, es folgt dem Prinzip der Auszahlung des Eingezahlten, einer flexiblen Altersgrenze (Renteneintrittsalter ab 61 Jahren ohne Obergrenze), und der Anrechnung von Kindererziehungszeiten.

Vom Bund finanziert wird eine Grundsicherung für geringe Einkommen, (ab 65 Jahren) die derzeit 10 000 € pro Jahr plus Wohnungszuschüsse und weitere Zuschüsse beträgt. Die angestrebte Tendenz geht dahin, den Anteil der Grundsicherung an der Rente abzusinken. Darüber hinaus soll es Anreize geben, um die Altersgrenze nach hinten auszuweiten. Derzeit liegt das Durchschnittsalter bei Renteneintritt bei 62 – 63 Jahren. Ein Anreiz, um die Altersgrenze nach hinten auszuweiten, ist die Höhe der Rentenzahlung; sie beträgt bei einem Renteneintrittsalter von 61 Jahren 70 %, bei 63 Jahren 85 %, bei 65 Jahren 100 % und bei 67 Jahren 120 % sowie bei 70 Jahren 155 % der Rente.

Ein wesentliches Merkmal des Rentensystems ist es, dass die Reform von allen Parteien getragen wurde. Deshalb wird auch viel Vertrauen auf die Dauerhaftigkeit des Rentensystems gesetzt.

**12:15 Uhr**

### **Gespräch mit Joakim Palme, Institut für Zukunftsstudien**

Das Institut für Zukunftsstudien beschäftigt sich seit den 70er Jahren mit der Erstellung und Verbreitung von Zukunftsstudien. Seit Mitte der 80er Jahre wird das Institut teilweise staatlich gefördert; der Rat, der den Vorsitz bildet, wird von der Regierung ernannt. Im Gegensatz zu Großbritannien, wo vergleichbare Einrichtungen vom Premierminister eingesetzt werden und mit einer engen Fragestellung arbeiten, arbeitet das Institut unabhängig. Allerdings gibt es im Gegensatz zu Großbritannien auch keine festen Wege, um die Forschungsergebnisse in die Ministerien weiterzugeben.

Das Institut hat 30 Mitarbeiter, es arbeitet eng zusammen mit Gesellschaftswissenschaftlern, aber auch mit Naturwissenschaftlern und veranstaltet regelmäßig Seminare. Erst Mitte März 2005 hat im Reichstag die „Future Week“ stattgefunden, bei der in Seminarform Wissenschaftler, Parlamentarier und junge Studenten intensiv über Zukunftsfragen diskutiert haben.

**14:00 Uhr**

### **Treffen mit Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt- und Landwirtschaft des schwedischen Reichstages**

Im schwedischen Reichstag gibt es ständige Ausschüsse, wie auch Ausschüsse die für eine begrenzte Zeit an einem bestimmten Thema arbeiten, wie z. B. zu den Johannesburg-Beschlüssen; beide Arten von Ausschüssen sind an dem Gesetzgebungsverfahren beteiligt.

Die Tagungen der Ausschüsse sind in der Regel nicht öffentlich; jedoch tagen die Ausschüsse bei Anhörungen, wie kürzlich zum Thema „Zukunftsfragen“, öffentlich und werden auch im Fernsehen direkt übertragen. Neben Ausschüssen, die zu einem bestimmten Thema und über einen bestimmten Zeitraum arbeiten, gibt es ebenso gemeinsame Arbeiten verschiedener Ausschüsse zu einem Thema, wie z. B. die Zusammenarbeit des Umweltausschusses mit dem Verkehrsausschuss und dem Ausschuss für Industrie zum Thema „Alternative Energien“.

Die Regierung berichtet alle vier Jahre zum Stand der Nachhaltigkeit; sie hat dieses Thema zudem in ihrem letzten Regierungsbericht angesprochen. Dieser wurde an die Ausschüsse überwiesen und wird abschließend im Plenum beraten.

In den Fachausschüssen werden einzelne Themen wie z. B. inwieweit mit Steuern die Nachhaltigkeit befördert werden kann, zurzeit lebhaft diskutiert. In den im Reichstag vertretenen Parteien herrscht weitgehende Einigkeit bei den Zielen, nur die Instrumente, mit denen Nachhaltigkeit erreicht werden soll, werden zum Teil sehr unterschiedlich bewertet.

Der Umweltausschuss ist nicht nur an Kontakten auf EU-Parlamentsebene interessiert, sondern auch an der Zusammenarbeit mit den korrespondierenden Fachausschüssen in den nationalen Parlamenten. So könne man sich mit den deutschen Ausschüssen eine Zusammenarbeit im Bereich des Luftverkehrs vorstellen, da in Deutschland ähnliche Forderungen erhoben wurden wie im schwedischen Parlament.

Abschließend wurde nochmals betont, dass in Schweden ein Konsens bestehe, insbesondere bei dem Gedanken, eine gerechte Wohlfahrt für alle zu erhalten. Auch werde eine strenge Gesetzgebung anerkannt, sofern sie die Ziele, wie das Gemeinwohl und die Umwelt, betreffen.

#### **16:00 Uhr**

#### **Gespräch mit Pirjo Körsen und Gunnel Horm**

Die Nachhaltigkeitspolitik in Schweden wird gemeinsam von der Regierung und dem Parlament getragen. Das Parlament hat 15 Umweltqualitätsziele formuliert und die Regierung hat in den letzten Jahren verschiedene Programme aufgelegt, um Einrichtungen von der lokalen Ebene bis hin zur überregionalen Ebene zur Zusammenarbeit im Bereich der Nachhaltigkeit zu ermutigen. Die lokale und die regionale Ebene legt zudem selber Umweltqualitätsziele fest.

1998 wurde das „Local Investment Programme“ (LEP) aufgelegt, in dem bis zum Jahre 2002 690 Mio. Euro abgerufen wurden.

Als Nachfolgeprogramm wurde im Jahre 2002 das „Climate Investment Programme“ (KLIMP) aufgelegt; hier geht es darum, nicht nur einzelne Projekte, sondern einen Gesamtansatz vom lokalen Bezugspunkt aufwärts zu fördern. Die Programme sollen an Ergebnissen, nicht an eine bestimmte Technologie gebunden sein. Die Förderung erfolgt über einen Wettbewerb, bei dem das beste Programm finanziert wird.

Durch diese Regierungsprogramme konnten bestimmte Sektoren, wie z. B. die Biogasproduktion, nachhaltig gefördert werden. Hinzu kamen positive sozioökonomische Auswirkungen, wie z. B. auf die lokale Umweltarbeit. Aus den bisherigen Erfahrungen heraus ist man nun bestrebt, die Kommunikation zu verstärken, in Form von Broschüren und Veranstaltungen, um eine bessere Kooperation und einen anhaltenden Lernprozess zu erreichen.

## **4b) Reiseteil Helsinki**

**Mittwoch, 23. März 2005**

**10:00 Uhr**

**Gespräch mit Herrn Abg. Pentti Tiusanen**

Herr Tiusanen war von 1996 – 1999 Mitglied des Zukunftsausschusses des finnischen Parlaments und ist seit 1996 Vorsitzender des Umweltausschusses.

Der Umweltausschuss ist mit allen Naturschutzthemen befasst und auch mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, besonders soweit sie die Klimaschutzstrategie betrifft.

Sehr wichtig ist die internationale Zusammenarbeit für das finnische Parlament, besonders mit den Ostsee- Anrainern, den nordischen Ländern und der EU.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und dem Parlament gestaltet sich konfliktfrei, auch im Bereich der Umweltthematik. Zugleich wurde jedoch auch festgestellt, dass im Vergleich zu den 90er Jahren Umweltthemen in der finnischen Öffentlichkeit nicht mehr so populär sind.

Wie bei allen politischen Themen, so ist auch bei der Nachhaltigkeitsdebatte das Konsensprinzip in Finnland sehr wichtig.

Ungeachtet der Parteizugehörigkeiten wurde die Frage der Nutzung der Kernkraft in Finnland kontrovers diskutiert. Im Mai 2002 hat das Parlament dem Bau des fünften Kernkraftwerkes zugestimmt. Der Umweltausschuss hat als einziger Ausschuss gegen den Bau gestimmt; die Entscheidung im Parlament kam ohne Fraktionszwang zu Stande. Ebenso hat das Parlament über die Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle in Finnland entschieden; zwar soll nach dem Parlamentsbeschluss diese Regelung nur für Abfälle aus finnischen Kernkraftwerken gelten, die EU-Kommission will jedoch den Freihandel vor die nationale Verantwortlichkeit stellen. Gegenwärtig ist hier noch keine endgültige Entscheidung gefallen. In 10 Jahren sollen Probebohrungen durchgeführt werden, die über die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Finnland entscheiden sollen. Mittlerweile wird in Finnland bereits über ein sechstes Kernkraftwerk diskutiert.

Bei weiteren aktuellen Themen wie der Gentechnik und der Waldwirtschaft (Abholzung) findet eine umfassende öffentliche Diskussion unter Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen statt.

Das finnische Parlament hat in der Frage der nationalen EU-Beschlussfassung eine stärkere Rolle als viele andere Unionsländer. Wie in allen anderen Fragen ist die Regierung laut Verfassung verpflichtet, das Vertrauen des Parlaments auch in EU-Fragen einzuholen.

Als EU-Ausschuss des Parlaments wurde der so genannte Große Ausschuss eingerichtet. Er soll den Einfluss des Parlaments und der parlamentarischen Kontrolle in der Beschlussfassung der europäischen Union gewährleisten.

Vor jeder Sitzung des Ministerrats informiert die Regierung den Großen Ausschuss über die wichtigsten Themen der Sitzung und die finnische Haltung zu den Verhandlungsfragen. Die Fachausschüsse, wie z. B. der Umweltausschuss, erstellen Gutachten zu den EU-Angelegenheiten und leiten diese an den Großen Ausschuss weiter, der sich in der Regel der Sicht des Fachausschusses anschließt.

Eine besondere Rolle kommt dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten zu, der in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik die gleichen Rechte besitzt wie der Große Ausschuss.

### **13:30 Uhr**

#### **Gespräch mit dem finnischen Umweltminister, Herrn Jan Erik Enestam und dem Generalsekretär des finnischen Komitees für nachhaltige Entwicklung, Herrn Sauli Rouhinen**

Im internationalen Vergleich beim Index der nachhaltigen Entwicklung belegt Finnland seit Jahren immer wieder die vordersten Plätze; so z. B. bei dem Vergleich des Weltwirtschaftsforums, dessen Index sich auf die Ökosysteme der Erde bezieht, auf die Fähigkeit der Verminderung der Nachteile auf Umwelt und Mensch, auf die soziale und institutionelle Kapazität sowie auf die vertragliche Mitwirkung in der Weltgemeinschaft.

Die Regierung legt dem Parlament mit dem jährlichen Haushaltsentwurf zugleich einen Umweltzustandsbericht vor.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird nicht allein von der Regierung getragen, sondern von allen gesellschaftlichen Gruppen.

Bereits 1993 wurde der nationale Nachhaltigkeitsrat gegründet. Vorsitzender ist der Premierminister, stellvertretender Vorsitzender ist der Umweltminister. Dem Rat gehören nicht nur Mitglieder der Regierung an, sondern auch Parlamentsabgeordnete, Vertreter der öffentlichen Verwaltung, aus Wirtschaft und Industrie, der Gewerkschaften, der Nichtregierungsorganisationen und Interessengruppen aus allen Gesellschaftsbereichen sowie Vertreter der nationalen Minderheiten.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist daher kein Regierungsprogramm, sondern ist das Arbeitsergebnis eines breit angelegten Diskussionsprozesses unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Alle gesellschaftlichen Gruppen sind zudem aufgefordert, eigene Nachhaltigkeitsprogramme zu erstellen. Die Ergebnisse auch lokaler Arbeitsgruppen fließt in die Diskussion des Nachhaltigkeitsrates ein, der diese Vorschläge zunächst in so genannten Unterausschüssen diskutiert. Bis zum Frühjahr 2006 soll das Forum des Nachhaltigkeitsrates die neue Nachhaltigkeitsstrategie abschließend diskutiert haben. Das gemeinsame Programm wird als Vorschlag der Regierung vorgelegt. In der Vergangenheit verabschiedete die Regierung das vorgelegte Programm im Wesentlichen.

#### **14:45 Uhr**

#### **Gespräch mit Frau Kirsi Lindroos, Vorsitzende des Unterausschusses für Bildung und nachhaltige Entwicklung im Zentralamt für Unterrichtswesen**

Der Bereich der Bildung wird in Finnland als Bestandteil der nachhaltigen Entwicklung angesehen.

Der finnische Rat für Nachhaltigkeit hat einen Unterausschuss für Bildung und nachhaltige Entwicklung eingerichtet.

Verantwortlich für das gesamte Bildungssystem ist in Finnland das Zentralamt für Unterrichtswesen.

Nachhaltigkeit ist nicht nur bei Lehrplänen, Projekten und Unterrichtsmaterialien ein wichtiges Thema, sondern auch im Bereich der Fortbildung und z. B. auch bei dem Bau der Schulgebäude und dem Beschaffungswesen.

Der Unterausschuss für Bildung und nachhaltige Entwicklung berichtet dem Nachhaltigkeitsrat. Bis Ende 2005 erstellt der Unterausschuss ein Programm, wie Nachhaltigkeit in allen Unterrichtsstufen behandelt werden soll. Der Unterausschuss erstellt auch die Lehrpläne. Diese beinhalten allgemeine Richtlinien, Werte, Aufgaben und Ziele. Die Ziele beinhalten unter anderem auch die Verantwortung für nachhaltige Entwicklung; dabei wird Nachhaltigkeit nicht nur als ökologisches Thema behandelt, sondern zugleich auch als Thema, das das gesamte Wohlergehen der Menschen beinhaltet. Die vom Zentralamt erstellten Lehrpläne werden an die Kommunen weitergegeben, in denen die aktuellen Lehrpläne der örtlichen Schulen erstellt werden.

Nicht nur in der schulischen Ausbildung, sondern auch in der beruflichen Ausbildung wird Nachhaltigkeit als Bestandteil der Ausbildung verstanden.

Zertifikate für Schulen und Auszeichnungen für einzelne Schüler sind in Finnland bewährte Mittel, um einen Anreiz für die Umsetzung von Nachhaltigkeitskriterien in allen Schulformen und Ausbildungsstufen durchzuführen.

#### **16:15 Uhr**

#### **Gespräch mit Herrn Kimmo Rahkamo und weiteren Mitgliedern der Firmenleitung der Firma Fortum Oil**

An der Firma Fortum Oil, ab April 2005: Neste Oil, ist der finnische Staat mit 51 % beteiligt.

Zu der Firma gehören die größten Ölraffinerien Nordeuropas. Das Energieunternehmen hat wichtige Marktanteile in Russland, Estland, Lettland, Litauen und Polen.

Die Firma Fortum ist wie alle großen finnischen Firmen an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt. Auch international sieht die Firma im Bereich der Nachhaltigkeit Möglichkeiten für ihre eigenen Produkte. Nach der EU-Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen (2003/30 /EC) soll die Produktion von Biobenzin und Biodiesel bis zum Jahre 2010 einen Marktanteil von 5,75 % erlangen. Nach eigenen Angaben baut die Firma Fortum seit zwei Jahren Anlagen für Biodiesel, der

den bislang niedrigsten Gehalt an CO<sup>2</sup> haben soll. Bislang lagen die Hauptproduktionsstätten der Firma in Finnland; seit Januar 2005 wird jedoch die Hälfte des Biodiesels in Portugal produziert.

**17:15 Uhr**

**Gespräch mit Herrn Abteilungsleiter Kari Karanko aus dem Auswärtigen Amt Finnlands**

Die Gesprächspartner berichteten über die Erfahrungen Finnlands, eine nachhaltige Politik auf internationaler Ebene voranzutreiben.

Die finnische Regierung ist sehr bestrebt, nachhaltige Politik auf die Agenda der internationalen Politik zu setzen. Ihrer Auffassung nach sind in diesem Prozess nicht nur die nationalen Regierungen gefordert, sondern auch die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft.

Am 18. und 19. März 2005 hatte das finnische Auswärtige Amt zu einem internationalen Round-Table-Gespräch zum Stand der nachhaltigen Entwicklung eingeladen.

Der Außenminister Finnlands ist gemeinsam mit dem Außenminister Tansanias Vorsitzender des Helsinkis Prozesses. In drei thematischen Gruppen geben internationale Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik politische Empfehlungen zu den Bereichen globale Problemlösungen, Entwicklungsfinanzierung und persönlicher Schutz der Menschen.

Die Expertengruppen empfehlen in ihren aktuellen Berichten so genannte G 20 Treffen, in denen 20 oder mehr Regierungschefs der Nord- und Südhalbkugel regelmäßig zusammen treffen sollten. Diese Treffen könnten besser als die bisherigen G 7 bzw. G 8-Treffen als effektiv koordinierendes Element für die globale wirtschaftliche Steuerung dienen.

Im Juni 2005 wird die Helsinkigruppe ihren Abschlussbericht vorlegen. Im darauf folgenden September wird die Abschlusskonferenz unter dem Titel „Politischen Willen mobilisieren“ in Helsinki stattfinden.

**Donnerstag, 24. März 2005**

**09:30 Uhr**

**Gespräch mit Herrn Reijo Vanne, Entwicklungsleiter der Erwerbsrentenversicherungsanstalt**

Seit Beginn der 90er Jahre hat Finnland mehrere Rentenreformen durchgeführt, die zum einen der wirtschaftlichen Entwicklung und Situation Finnlands nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als wichtigstem Handelspartner geschuldet war und auch einer älter werdenden Gesellschaft.

Die bislang letzte Rentenreform verabschiedete das Parlament im Februar 2003; die Änderungen treten zum größten Teil erst Anfang dieses Jahres in Kraft.

In Finnland wird der Anteil der über 65-Jährigen bis zum Jahre 2025 sehr stark ansteigen; nach den bisherigen Schätzungen, wird der Anteil der über 65-Jährigen in

dem Zeitraum zwischen 2025 und 2050 nur noch langsam ansteigen, und wäre damit die langsamste Veränderung in den EU-Staaten. Ziel der finnischen Rentenreform ist es, den nachfolgenden Generationen ein nachhaltiges Rentensystem zu übergeben.

Auch bei der jüngsten Reform herrschte Konsens darüber, dass man einer Generation mehr Belastungen zumuten kann, um das Gesamtsystem abzusichern. Das bedeutet, dass die „Verlierer“ der Rentenreform die Geburtsjahrgänge 1965 – 1980 sein werden.

Ähnlich wie in Schweden gibt es in Finnland eine Mindestrente (500 Euro), und der Rentenzugang kann flexibel zwischen dem 62sten und 68sten Lebensjahr erfolgen. Wer vor dem 63sten Lebensjahr Rente bezieht, erhält pro Jahr 7,2 % Abzüge, wer zwischen dem 63sten und 68sten Lebensjahr das Rentenalter beginnt, erhöht die Rente um 4,8 % für jedes Jahr. Ab dem Jahr 2010 wird ein so genannter Lebenserwartungsfaktor angewendet, der die Auswirkung der Veränderung des allgemeinen Rentenalters auf das Rentenniveau und die Rentenausgaben berücksichtigt. Vor der Vollendung des 62sten Lebensjahres eines jeden Lebensaltersjahrganges wird berechnet, wie sich die durchschnittlich verbleibende Lebenserwartung nach der Statistik seit dem Jahr 2009 verändert hat. Mit dem Lebenserwartungsfaktor wird das Rentenniveau des jeweiligen Jahrgangs in dem Maße abgesenkt, wie sich die Lebenserwartung erhöht hat. Der Lebenserwartungsfaktor bezieht sich allein auf den Jahrgang und ist unabhängig vom Rentenzugangsalter des Versicherten.

Derzeit liegt die Erwerbsquote in Finnland bei 67 %; der Rentenbeitrag des Durchschnittseinkommens liegt bei ca. 20 %.

Um das derzeitige Rentensystem aufrecht zu erhalten und die Rentenfonds weiterhin nur gleichmäßig zu beanspruchen, ist es nötig, die Erwerbsquote auf 70 % anzuheben und den Rentenbeitrag auf 28 % anzuheben. Die Gesprächspartner waren zuversichtlich, dass die zu Beginn des Jahres begonnene Rentenreform für die nächsten Jahrzehnte Bestand haben wird.

#### **12:00 Uhr**

#### **Gespräch mit Frau Anne Christine Brusendorff, Exekutivsekretärin der Helsinki Kommission**

Die Helsinki-Kommission (HELCOM) hat sich den Schutz der marinen Umwelt der Ostsee vor allen Formen der Verschmutzung zum Ziel gesetzt. Der Helsinki-Kommission gehören Dänemark, Estland, die Europäische Gemeinschaft, Finnland, Deutschland, Litauen, Lettland, Polen, Russland und Schweden an.

Die Helsinki-Kommission trifft sich jährlich, ihre Arbeitsgruppen mehrmals im Jahr; der Vorsitz rotiert zwischen den Mitgliedsländern nach der alphabetischen Reihenfolge. Gegenwärtig hat Frau Anne Christine Brusendorff als Vertreterin Dänemarks den Vorsitz. In unregelmäßigen Abständen finden Treffen auf Ministerebene statt; das letzte Treffen fand im Jahre 2003 statt.

Die Helsinki-Kommission formuliert Empfehlungen zum Schutz des empfindlichen Ökosystems der Ostsee, die sie an die Regierungen der Mitgliedsländer weitergibt, damit diese sie in ihren nationalen Programmen und ihrer Gesetzgebung berücksichtigen.

Der Schutz der Ostsee war erstmals 1974 in einer gemeinsamen Konvention von sieben Ostseeanrainer-Staaten formuliert worden; im Zuge der politischen Veränderungen wurde 1992 eine neue Konvention, nun von allen Ostseeanrainer-Staaten sowie der Europäischen Union, unterzeichnet. Diese Konvention trat im Januar 2000 in Kraft. Sie beinhaltet den Schutz der Ostsee, ihrer Zuflüsse und des Meeresbodens; ebenso werden Maßnahmen vorgeschlagen, die sich auf die Verschmutzung beziehen, die von den angrenzenden Ländern ausgeht. Ein Hauptaugenmerk der Kommission liegt daher auf dem Transportsektor (sowohl zu Land wie zu Wasser) und dem Fischereiwesen.

Als Erfolge ihrer Tätigkeit verzeichnet HELCOM, dass in den letzten Jahren immer weniger Badestrände an der Ostsee wegen Verschmutzung geschlossen werden mussten, dass eine enorme Reduzierung der Schadstoffbelastung der Ostsee erreicht werden konnte, dass die Industrie und die Schifffahrt stärker kontrolliert werden und dass die Mitgliedsländer eine internationale Vereinbarung verabschiedet haben, die sich den Kampf gegen die Verschmutzung der Ostsee zum Ziel setzt.

Mit der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft sieht HELCOM seine Aufgabe als Brückenfunktion zu Russland.